

# Correspondent

Erscheint

Montag, Donnerstag,  
Sonntag,  
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Preis  
vierteljährlich eine Mark.

35. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 12. Juni 1897.

№ 65.

## Zur Sitzung des Tarif-Ausschusses.

In der am 28. und 29. Mai in Berlin stattgefundenen Tagung des Tarif-Ausschusses wurde sowohl durch den Geschäftsbericht des Tarif-Amtes wie auch durch die gepflogenen Verhandlungen selbst neuerdings der Beweis erbracht, daß im großen und ganzen und nach Lage der gewerblichen und allgemein-wirtschaftlichen Verhältnisse die Tarif-gemeinschaft die in sie gesetzten Erwartungen nicht geläuscht hat. Wenigstens kann man nicht gut das Gegenteil beweisen. Jeder sachlich urteilende und ruhig denkende Kollege kann ihr ja aus irgend welchen Gründen immer noch skeptisch gegenüber stehen, er muß aber gleichzeitig anerkennen, daß, wie die ökonomischen Thatsachen unserer Tage nun einmal sind, ohne die neue Tarif-gemeinschaft die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Kollegen wohl weit mehr noch Anlaß zu Klagen geben würden.

Wir bezeichnen im Oktober vorigen Jahres — zur Sache der Tarifeinführung — eine Zahl von etwa 2000 tariftreuen Firmen gewissermaßen als ein Ideal; durch den Geschäftsbericht des Tarif-Amtes wird konstatiert, daß nahezu diese Zahl erreicht ist. Wenn wir auch nicht verkennen wollen, daß unter diesen Firmen sich viele befinden, welche in der Praxis ihre Tarifstreue erst noch zu bekunden haben, so ist es doch weit leichter, diese Firmen schließlich zur strikten Einhaltung des Tarifs zu veranlassen, als tariflich-renitente Firmen für die Ordnung im Gewerbe zu gewinnen. Mit der Zeit und bei reger Thätigkeit unserer Kollegen werden wir diesen Mißstand beseitigen. Im ganzen wurden zwanzig Firmen aus dem Tarifverzeichnis gestrichen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit unsere Kollegen wiederholt ersuchen, Klagen über Tarifwidrigkeiten einzelner Firmen beim Tarif-Amt anzubringen und erst nach erfolgloser Anrufung desselben den Corr. zu benutzen. Dadurch soll nicht die Organisation in den Hintergrund gedrängt, sondern die von uns acceptierten Mittel und Wege zur Ein- und Durchführung des Tarifs auch benützt werden. Zudem bedingt ein Eingreifen des Tarif-Amtes bei den einzelnen Prinzipalen zweifellos größern Erfolg für uns als eine öffentliche Kritik ihn im Gefolge haben kann.

Interessant wird es auch sein, die Wirkung der Eingaben an die Behörden zu erfahren. Wenn man sich ja hier keinen rosigten Hoffnungen hingeben darf — das verbieten schon die lokalen Einflüsse, welche bei der Vergabung von Drucksachen in Frage kommen —, so ist doch damit eine Anregung geschaffen, die da und dort die gehofften Früchte zeitigt und Material für eine wirksame Agitation zu gunsten der Tarifeinführung schafft. Aus den veröffentlichten Verhandlungen ist ja ersichtlich, daß das Herzogl. Gothaische Staatsministerium bereits ein Verzeichnis der tariftreuen Firmen erbeten hat. Daß dies erfreulich zu begrüßen ist, steht wohl außer allem Zweifel. Mißstimmung hat es in weiten Kreisen der Gehilfen erregt, daß unter anderen in Nr. 62 des Corr. genannten Blättern auch dem Typ. die offi-

ziellen Bekanntmachungen des Tarif-Amtes zugänglich gemacht worden sind. Die seitens des Tarif-Amtes hierfür geltend gemachten Gründe sind recht beachtlich und ist es nun an uns, dem Tarif-Amt beweiskräftiges Material zu unterbreiten für die Thatsache, daß der G. V. eine recht verwegene Schaukelei mit seiner „Tarifstreue“ treibt. Das ist bisher unterlassen worden, und es muß wohl anerkannt werden, daß das Tarif-Amt gewissermaßen erst mit sog. juristischen Beweisen in der Hand in bestimmter Form gegen irgend welche Tarifgegner vorgehen kann.

Eine eingehende Behandlung haben die Arbeitsnachweise erfahren. Hier wurden mancherlei Mißstände zur Sprache gebracht, die weniger den Nachweisen selbst zur Last zu legen sind, vielmehr auf das geschäftliche Verfahren derselben abgewälzt werden müssen. Namentlich wurde ein rasches und einheitliches Arbeiten behufs Unterbringung Gemafregelter vermißt, andererseits aber auch den Gehilfen der Vorwurf gemacht, daß sie der Auforderung, da oder dort Kondition anzunehmen, oft nur recht „bummelig“ nachkommen. Soweit Gehilfen nach § 48 vorhanden waren, haben sämtliche Arbeitsnachweise ihre Verpflichtungen erfüllt. Auch in dieser Frage machte sich das Neue der Situation geltend, insofern der Apparat nicht nach Wunsch funktionieren konnte. Der Antrag Anie entsprang daher auch nur diesen Beobachtungen — Stellung der Arbeitsnachweise unter eine Zentrale —, da diese Zentrale aber in dem Tarif-Amt vorhanden ist, wurde noch geltend gemacht, daß es im Interesse des Tarifs gelegen sei, leiblich gemeinschaftlich verwaltete Tarif-Arbeitsnachweise gelten zu lassen und dement-sprechend die an vielen Orten bestehenden zweierlei Nachweise dergestalt umzuwandeln. Obwohl nach den gegenwärtigen Bestimmungen des Tarifs für die vor der Schaffung derselben bestehenden Arbeitsnachweise leiblich der § 48 maßgebend ist, so muß doch im Interesse der Arbeitslosen in der Zukunft darauf hingearbeitet werden, daß an Stelle der heute noch an vielen Orten bestehenden zweierlei Nachweise ein gemeinsam verwalteter Tarif-Arbeitsnachweis tritt. Einen kleinen Schritt nach dieser Richtung kann man in den Beschlüssen des Tarif-Ausschusses erblicken, wonach er das Tarif-Amt beauftragte, Einrichtungen zu treffen, um als Zentrale bei den verschiedenen Nachweisen im Sinne des § 48 wirken zu können, und daß sämtliche Nachweise verpflichtet sind, die für den Tarif arbeitslos Gewordenen unterzubringen, alsdann aber nur solche Gehilfen, die aus tariftreuen Druckereien kommen. Bemerkte sei bei dieser Gelegenheit, daß gegen den früher so viel angefochtenen Arbeitsnachweis in Leipzig Klagen beim Tarif-Ausschusse seitens des Gehilfenvertreters nicht erhoben werden konnten, ein Zeichen, wie sehr gerade in Leipzig durch die Tarifgemeinschaft ein besseres Verhältnis zwischen den Beteiligten, und nicht zum Schaden der Gehilfen, herbeigeführt worden ist. — Bekanntlich hat das Gremium der Buchdrucker Oesterreichs den Antrag beim Tarif-Amt gestellt, bezüglich der Arbeitsnachweise ein Gegenseitigkeitsverhältnis zu schaffen. Da

sowohl die Gehilfen wie die Prinzipale Oesterreichs diesen Wunsch äußerten und die Wirkung des zu schaffenden Kartells sich darauf beschränkt, bei anerkannten Lohnstreitigkeiten in beiden Ländern keine Streikbrecher zu vermitteln oder in die Listen der einzelnen Nachweise aufzunehmen, kann die diesbezüglich erfolgte einhellige Zustimmung des Tarif-Ausschusses als im Interesse der Kollegen beider Länder gelegen erachtet werden.

Eine eingehende Debatte wurde bei dem Punkte: „Feststellung des Agitationsplanes für das Geschäftsjahr 1897/98“ gepflogen. Die mannigfachen Vorschläge für eine zweckentsprechende Agitation wurden laut, verdichteten sich aber naturgemäß schließlich zu der Auffassung, daß es den Gehilfen unter thätkräftiger Unterstützung der Prinzipale überlassen bleibt, den am besten dafür geeigneten Zeitpunkt zu bestimmen. Vor allem sollen auch die Kreisvertreter persönlich bemüht sein, ihre bezw. Gebiete zu bearbeiten. Die unter 1 und 2 bei diesem Punkte gefaßten Beschlüsse des Tarif-Ausschusses enthalten in bindendster Form die Willensmeinung desselben, und wird bei strikter Einhaltung dieser Bestimmungen der gegen die tarifverweigernden Firmen noch zu führende Kampf den Gehilfen bedeutend erleichtert. An den Gehilfen wird es nun in der Hauptsache liegen, das Tarif-Amt bezw. die Arbeitsnachweise aufs präziseste bezüglich der Streikbrecher auf dem Laufenden zu erhalten. Wer hätte das gedacht, daß es einmal möglich sein könnte, gemeinsam sogenannte „schwarze Listen“ zu führen, zufolge deren die Streikbrecher verewigt und von der Arbeitsvermittlung ausgeschlossen würden. Wenn dadurch auch für den Augenblick den betreffenden Klausurherren nicht heizukommen ist, so dürften sich diese Listen bei ernster Handhabung für die Zukunft doch recht wirksam erweisen. Und da in der Regel die Streikbrecher schon in kurzer Zeit wieder an die frische Luft gesetzt werden, so erweist sich die vom Tarif-Ausschusse getroffene Maßnahme als ein von gesunder Voraussicht zeugendes, für die Gehilfenschaft, wie für die Verallgemeinerung des Tarifs nützlich Mittel.

Die gefällten Entschiede der Schiedsgerichte haben dem in die letzteren gesetzten Vertrauen der Gehilfen entsprochen. Wenn, wie konstatiert wurde, einzelne Schiedsprüche verschiedener Orte miteinander kollidieren, so ist das vielfach auf die örtlichen Verhältnisse mit zurückzuführen. Eine Veröffentlichung aller Schiedsprüche empfiehlt sich daher nicht, weil durch die Verschiedenartigkeit derselben in ein und derselben Frage nur Verwirrung entstehen würde. Eventuell ist ein seitens des Tarif-Amtes angezweifelter oder unrichtiger Entscheid zur nochmaligen Verhandlung an das betreffende Schiedsgericht zurückzuverweisen. Unsere Kollegen mögen auf den fernern gefaßten Beschluß Obacht geben, wonach eine event. Verurteilung gegen Schiedsgerichts-Entschiede binnen vierzehn Tagen beim Tarif-Amt eingereicht werden müssen, andernfalls nach Ablauf dieser Frist das Urteil Rechtskraft erlangt.

Die Sejmashinenfrage, die nun schon seit vielen Wochen im Brennpunkte der Erörterungen

in unserm Organe steht, vermochte im Tarif-Ausschusse nicht jenen Abschluß zu finden, den wir alle wohl sehnlichst gewünscht haben. Obwohl in ganzen bisher in Deutschland nur 22 Seznamaschinen (darunter einige „Invaliden“) aufgestellt sind — fast alle zur Probe von den Fabriken geliefert — und ein spezialierter Tarif als Anhang dem Deutschen Buchdruckertarife beizufügen noch verfrüht erscheinen mag, so können wir doch nicht den Standpunkt der Prinzipalsmitglieder des Tarif-Ausschusses in dieser Frage gutheißen. Angesichts des vorliegenden Materials können wir es ja verstehen, daß die Prinzipale — die für sich von der Seznamaschine nichts zu fürchten haben — wenigstens die kapitalkräftigen nicht — die Sache noch nicht als spruchreif bezichneten. Die Seznamaschine ist keine technisch-revolutionäre Gewittererscheinung, sondern tropfenweise befruchtet sie den kapitalistischen Boden und dementsprechend müssen auch unsere Vorbeugungs- und Abwehrmittel beschaffen sein. Auf jeden Fall hat Vorsicht noch nirgends geschadet. An den von uns aufgestellten prinzipiellen Gesichtspunkten muß die Organisation festhalten und in jedem einzelnen Falle bei der Einführung von Seznamaschinen zur Geltung zu bringen suchen. Ob bezüglich der von den Gehilfenvertretern bestimmten Normen für das Minimum und die Arbeitszeit (s. 3 und 4) eine strikte Durchführung möglich ist, wird späterhin unsererseits in einem eignen Artikel behandelt werden.

Eine kurze, aber lebhafteste Debatte entspann sich in bezug auf die Ferienklausel der Maschinenmeister. Von verschiedenen Gehilfenvertretern wurde auf das Schädliche dieses zu Protokoll gegebenen Beschlusses hingewiesen. Wenn andererseits dagegen betont wurde, daß diese Ferienbestimmung sowohl dem Einzelnen nützlich sei wie auch die Einstellung von Arbeitslosen ermögliche, so wollen wir hierbei betonen, daß s. 3. unter dieser Motivierung die Ferienklausel als keine Tarifverletzung zugelassen wurde. Jedoch setzt sie eine gegenseitige Vereinbarung voraus; einseitig kann sie der Prinzipal niemals dekretieren. Nachdem sich aber in der Praxis gezeigt hat, daß selbst bei ersichtlich kurzzeitigen Konditionen Ferien „vereinbart“ werden, so müssen wir entschieden in solchen Fällen unseren Maschinenmeister-Kollegen unterfragen, darauf einzugehen, da in diesem Falle die Ferienvereinbarung lediglich zum — leider oft willkommenen — Deckmantel für Ueberstunden dient.

Unter Anerkennung der geleisteten Arbeit wird als Vorort für den Tarif-Ausschuß und das Tarif-Amt wiederum Berlin gewählt, ebenso die bisherigen Vorsitzenden des Tarif-Amtes für das nächste Geschäftsjahr. Ein Korrespondenzeingang von 1198 und ein Postausgang von 4604 Nummern sprechen wohl zur Genüge von der intensiven Arbeit des Tarif-Amtes, dessen Thätigkeit doch hauptsächlich im Interesse der Gehilfen gelegen ist und damit wohl am besten selbst die Animosität zerstreut, die aus verschiedenen Gründen gegen dasselbe bestanden hat und noch bestehen mag.

Der vom Gutenberg-Bund eingereichte Antrag: den Typograph als offizielles Organ des Tarif-Ausschusses anzuerkennen, wird auf Grund des § 51 abgelehnt. Mögen die Bündler besorgt sein, bis zur nächsten Tarifrevision ihre Tarifreue zweifellos nachzuweisen, dann läßt sich über einen erneuten Antrag reden.

Jedenfalls ist durch die neuerlichen Tarifberatungen wiederum in manchen Punkten Klarheit geschaffen und manche einseitigen Anschauungen, bevor sie schädlich wirken konnten, ins rechte Lot gebracht worden. An die Kreisvertreter tritt nun die Aufgabe heran, gemäß der getroffenen einzelnen Bestimmungen ihr Mandat praktisch zu interpretieren. Die Verhandlung der Seznamaschinenfrage, und die Agitation für die Verallgemeinerung des Tarifs sind die nächsten Ziele der Organisation, für welche sie besonders neben den ihr von jeher gestellten Aufgaben eintritt.

## Korrespondenzen.

**-ch. Chemnitz.** Nicht ohne Befriedigung kann der objektiv urteilende Beobachter unserer Vereinsthätigkeit auf die Entwicklung und das kollegiale Leben unserer Mitgliedschaft blicken. Abgesehen davon, daß die durch die für uns unglücklich verlaufene 91er Bewegung mit einem Schlag auf die Hälfte reduzierte Mitgliederzahl ihre frühere Höhe beinahe wieder erreicht hat, so muß auch unter unseren Mitgliedern ein erfreuliches Interesse am Vereinsleben konstatiert werden, wozu der ununterbrochen zahlreiche Besuch der Versammlungen und Vereinstabende den Beweis liefert. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß in unserer Stadt die Verhältnisse nicht zu wünschen übrig lassen, im Gegenteil, ein reiches Feld haben wir immer noch zu bearbeiten, wenn auch nicht auf tariflichem Gebiete, so doch durch mögliche Gewinnung neuer Mitglieder, denn es sieht uns noch eine erkleckliche Anzahl Nichtmitglieder gegenüber, die sich hauptsächlich in dem hier bestehenden größten Geschäft befinden und welche für unsern Verband und seine Bestrebungen zu interessieren uns leider bis jetzt noch nicht gelungen ist. — Die am 29. Mai abgehaltene Generalversammlung beschäftigte sich u. a. mit der Berichterstattung über den Gantag, der Neuwahl des Gantvorstandes und mit dem in diesem Jahr abzuhaltenden Bezirks-Johannisfest. Ueber den Gantag berichtete Kollege Jischke, hierbei den Gang der Verhandlungen und die gefaßten Beschlüsse näher beleuchtend. — Die Neuwahl des Gantvorstandes ergab folgendes Resultat: C. W. Stoy, Gantvorsteher, Georg Blankenburg, Stellvertreter; Vinus Kraft, Gantassessor, Carl Beyer, Stellvertreter; Frh. Schumm, Gantassessor; Max Naumann und Joh. Fischer, Revisoren. — Das Johannisfest wird am Sonntag, den 27. Juni, in Form eines Bezirks-Johannisfestes und zwar in Gemeinschaft mit den Mitgliedschaften Zwickau, Weidau, Krimmitschau, Meerane, Glauchau und Umbach in Lichtenstein abgehalten und soll in Frühstücken, Spaziergang und Konzert und Ball — verbunden mit einigen Ueberrassungen — bestehen. — Zum Schluß der Versammlung gab Kollege Stoy noch ein Resümé über die am 27. Mai in Berlin abgehaltene Gantvorsteher-Konferenz und hielt durch seine klaren Ausführungen das Interesse der Mitglieder noch geraume Zeit wach. Gegen 1 Uhr wurde die glatt und sachlich verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen. — Es sei noch der Wunsch hinzugefügt, daß unsere Mitglieder auch fernerhin durch Anteilnahme an der Vereinsthätigkeit und zahlreichen Besuch der Versammlungen ihr Interesse am Vereinsleben betätigen möchten.

**-t. Arnstadt.** Der hiesige Maschinenmeisterklub, dem sich auch einige Kollegen vom Sängerkreis angeschlossen hatten, machte am verflochtenen Sonntag (30. Mai) einen Ausflug nach Frankenthal behufs Besichtigung der Maschinenfabrik Albert & Co. Von der Gießerei anfangend, wurden in etwa zweistündigem Rundgange die Werk-, Montier- und Modellierfäße eingehend besichtigt. Man sah hier Rotationsmaschinen von der einfachen bis zur Drillingsmaschine sowie eine Zweifarben-Rotationsmaschine zum Einlegen, ferner verschiedene einfache Maschinen, darunter solche mit Eisenbahnbewegung und Schlittenführung sowie große Lithographie-Schnellpressen bis herab zur Tiegeldruckpresse im Betrieb. Auch die neue Fraismaschine, welche die zum Ausschleifen der Sterotypplatten für Rotationsmaschinen bisher verbrauchte Zeit auf ein Minimum reduziert, wurde eingehend besichtigt. Die Betriebskraft für die vielen Arbeitsmaschinen der Fabriken liefern drei Lokomotiven, darunter zwei zweifelhörige, von welchen eine die Dynamomaschine betreibt und 100 Pferdekraft hat. Die in dem Rechenstahl der Fabrik ausgelegten Druck- und Illustrationsproben legten Zeugnis davon ab, daß die Firma mit den von ihr gebauten Maschinen mit den ältesten Fabriken dieser Branche erfolgreich konkurrieren kann. — An die Besichtigung der Fabrik schloß sich ein Frühstück, an welchem auch die zahlreichen Monteur- und Meister der Fabrik teilnahmen und bei welchem die Leiter derselben in liebenswürdigster Weise die Wirte machten. Der vorzügliche „Stoff“ war wohl schuld daran, daß sich bald eine gemüthliche Hebelstärkte entwickelte und die Teilnehmer an dem Ausfluge hochbefriedigt das gastliche Frankenthal verließen.

**H. Offen.** Die zweite ordentliche Bezirksversammlung tagte am Sonntag, den 23. Mai, in den von allen Mitgliedern des Bezirks leicht erreichbaren, recht hübsch gelegenen Städtchen Steele an der Ruhr. Vertreten waren die Orte Essen mit 70, Gelsenkirchen 10, Bochum 4, Mattenfeld 8, Steele 4, Kettwig 1 Kollegen. Der Vorsitzende Walter eröffnete die Versammlung und gab die erfolgte Aufnahme eines Kollegen bekannt. Hierauf wurde zu der in der vorigen Bezirksversammlung beantragten Wahl eines Bezirksvorstandes geschritten. Von einigen Kollegen wurde ausgeführt, daß es doch unangemessen wäre, extra einen Bezirksvorstand zu wählen, richtiger wäre es, wenn der Essener Ortsvorstand ebenso wie früher den Bezirksvorstand bilde. Kollegen aus Bochum sprachen sich dahin aus, daß sie das Recht hätten, einen Bezirksvorstand zu wählen und nicht einfach das zu acceptieren brauchten, was der Ortsverein Essen für gut finde. Die Wahl fand schließlich ihre Erledigung durch Nomination von fünf Mitgliedern des Essener Ortsvorstandes. Anschließend hieran wurde die ebenfalls beantragte Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung eines Bezirksstatuts vorläufig zurückgestellt. Es würde sich wohl empfehlen, die in dem Gantstatut ent-

haltenen Paragraphen betr. Geschäftsführung auch für die Geschäftsführung des Bezirks als maßgebend zu betrachten. — Die Durchberatung der Anträge zum Ganttage rief eine etwas lebhaftere Debatte hervor. (Da inzwischen der Ganttag stattgefunden hat und eine frühere Veröffentlichung des Berichtes unmöglich war, mögen die Kollegen entschuldigen, daß wir in Anbetracht des aktuellen Stoffandranges die doch post festum kommenden Beschlüsse des Bezirksstages zur Tagesordnung des Ganttages gestrichen haben. D. Red.). Kollege Hemmerle erstattete hierauf den Rechenbericht pro I. Quartal 1897. Danach belaufen sich die Einnahmen auf 5020,25 Mk., die Ausgaben auf 2233,57 Mk., zurückbehaltener Vorbehalt 95,25 Mk., an die Gantkasse wurden abgezahlt 2691,43 Mk. Mitgliederstand Ende des vierten Quartals 1896: 267, Ende des ersten Quartals 1897: 267, konditionierend in 14 Druckorten. — Als Ort zur nächsten Bezirksversammlung wurde Essen gewählt. Unter „Vertheilung“ gab der Vorsitzende bekannt, daß der Ortsverein Essen das Johannisfest durch einen Ausflug begehen will. Kollege Schumann-Bochum teilte dazu mit, daß die Mitgliedschaft Bochum ebenfalls einen Ausflug arrangieren will, doch sei der Ort noch nicht ganz bestimmt festgelegt, vielleicht ließe sich das Fest vereinigt feiern. Nachdem noch der Vorsitzende seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß sich in Wattencheid eine Mitgliedschaft gebildet, und die anwesenden Wattencheider Kollegen angesprochen, immer recht wader zum Verbands zu halten, schloß derselbe mit einem freundlich aufgenommenen Hoch auf den Verband die Versammlung.

**Frankfurt a. M.** Die Sonntag, den 23. Mai, im „Uudenfels“ abgehaltene allgemeine Versammlung war gut besucht. Nach Eröffnung derselben bat der Vorsitzende der Tarifkommission die Anwesenden, den Inhalt des in den letzten Tagen an alle Kollegen versandten Flugblattes zu beherzigen und in allen entsprechenden Fällen sich mit der Kommission in Verbindung zu setzen, damit diese auch wirklich zum Segen der Kollegen wirken könne. Ferner machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß der in den Einladungen zu Versammlungen angegebene Zeitpunkt der Eröffnung derselben in Zukunft streng eingehalten werden würde, um eine Verschiebung der Erledigung der Tagesordnung hinauszuhalten, weshalb die Kollegen um pünktliches Erscheinen ersucht wurden. Der erste Punkt: Besprechung der Tagesordnung der Sitzungen des Tarif-Ausschusses, erfuhr durch den Vorsitzenden und andere Kollegen in seinen einzelnen Punkten eine eingehende Erläuterung; insbesondere gab der Vertreter des hiesigen Arbeitsnachweises ein klares statistisches Bild über die Thätigkeit desselben, er hob aber dabei die berechtigten Klagen, daß einzelne hiesige Prinzipale größerer Druckereien sich nicht des Nachweises bedienten und auch viele Gehilfen sich nicht genau an die Instruktionen hielten, was in Zukunft besser werden müsse. Die allgemein sachliche Diskussion verlor sich nur einen Augenblick in das Gebiet der Kritik der Tarifgemeinschaft. Als neue Anträge für unsern Vertreter zeitigte die Debatte einstimmig folgende Punkte: 1. In Druckereien beschäftigte logen. Aufräumer (Ableger) sind nach dem tariflichen Minimum zu entlohnen; 2. Gehilfen, welche zwar früher als Einleger engagiert, später aber Maschinen selbständig bedienen müssen, sind nur nach Maßgabe des Tarifs, betr. Entlohnung und Arbeitszeit, zu beschäftigen; 3. Der Tarif-Ausschuß möge sich prinzipiell dahin ausdrücken, daß die Anerkennung des Tarifs seitens eines Prinzipals denselben zur Einhaltung desselben für die Dauer der jeweiligen Gültigkeit verpflichte, andernfalls er regreßpflichtig zu machen sei. — Bei obigem zweiten Antrage wird den Maschinenmeistern wärmstens empfohlen, sich ihres Hilfspersonal mehr als bisher anzunehmen; als das Taugliche in diesen gewerblichen Erscheinungen wird allseitig bezeichnet, daß hier sehr viele gelehrte Maschinenmeister, zumal noch meistens jüngere, anstatt eventuell anderweitig Konditionen zu suchen, sich als Einleger oft zu jedem Preis anbieten, mit dem stillen Vorbedacht, durch unterwürfiges Wesen zum Maschinenmeister emporzukommen, wobei nicht selten durch Denunziationen usw. erst ein anderer von seiner Stelle verdrängt werden muß. — Allgemein wurde Unwillen geäußert über die noch nicht erfolgte Konstituierung des hiesigen Schiedsgerichtes, obwohl die Wahlen dazu schon im vorigen Jahre vollzogen wurden; unsern Vertreter wird die energische Betreibung dieser Angelegenheit aufgegeben, was er, wie auch bez. obiger drei Punkte verpaidet; die Stellung zu den übrigen Punkten wird seinem besten Ermessen überlassen. — Die Revisoren berichten sodann über den Besuch der Tarifkassa und beantragen Decharge für den seitherigen Kassierer, was einstimmig geschieht. — Beim dritten Punkte: Tarifliches, rügt der Vorsitzende einige Vorkommnisse in hiesigen Druckereien, wobei die Kollegen es unterlassen, der Tarifkommission die Angelegenheiten zur Verfolgung mitzutheilen, und so sich selbst bedeutend geschädigt hätten. Die Tarifkommission werde nicht nach dem Hörensagen aus dritter Hand einschreiten, sondern nur dann, wenn ihr von den betroffenen Kollegen selbst die entsprechenden Mitteilungen zugehen. Auf letzterem Verlangen bleibe die Kommission unbedingt bestehen. Die Druckereien, welche ihre Tarifsteuer entrichtet, werden belesen und die anderen ermahnt, dies ungestört zu thun, andernfalls sie in der nächsten Versammlung veröffentlicht würden; kein Kollege werde gegebenenfalls Unterstützung aus dieser Kasse erhalten, wenn er nicht seine Steuer regelmäßig entrichtet habe. Als völlig unhaltbar und

der Würde einer wirklichen und ehrlichen Kollegenschaft nicht entsprechend wurden die Zustände in einer größeren Druckeret bezeichnet, in welcher von Fall zu Fall erst bei dem Faktor angefragt werden muß, ob ein Zirkular, Flugblatt usw., selbst wenn es allseits als Muster der Sachlichkeit in der Schreibweise bezeichnet werden könnte und ausschließlich zur Instruktion der Kollegen betreffs des Tarifs diene, der auch von beregter Druckeret anerkannt ist und eingehalten wird, an die Kollegen verteilt werden darf. Würden die dortigen Kollegen die Kourage haben, gegen diese Zustände einzuschreiten, so würde die Beseitigung jedenfalls nicht schwer sein, zumal der Prinzipal als ein Mann bekannt ist, mit dem man sprechen kann. Die Verteilung der von der letzten allgemeinen Versammlung der jetztigen Tarifkommission bewilligten Remuneration von 50 Mk. veranlaßte ein Mitglied der jetztigen Kommission, das bei der Verteilung vergessen wurde, sich brieflich an die Versammlung zu wenden. Das stattgehabte Verfahren wurde allseitig verurteilt und dem betreffenden Kollegen 5 Mk. nachbewilligt, welche derselbe sofort dem Unterstützungsfonds überwieß. — Um 1 Uhr mußte die Versammlung, da der überwachende Kommissar auf Grund der Bestimmungen über die Sonntagsruhe nicht weiter tagen ließ, geschlossen werden.

**n. Gamm** i. B. Der hier mit so schneidigen Versprechungen ins Leben gerufene „Westfälische Kurier“ (Nachfeld etc.) stellte nach einmonatlichem Bestehen sein Erscheinen wieder ein. Der Verleger H. Baehr, welcher sich schon seit Jahren durch „erschreckend“ billige Druckerzeugnisse hervorhat, glaube durch dieses „kopfloste“ Unternehmen der Einöde seines Geldschranks abzuhelfen. Dies war' so schon gemein, doch es hat nicht sollen sein. Am 29. Mai wurde über das Vermögen des P. Baehr der Konkurs eröffnet, nachdem fast das ganze Personal seit 14 Tagen vergeblich auf Entlohnung gewartet hatte. — Wie sehr B die Presse zu drücken verstand, zeigt u. a. folgendes Beispiel: Der städtische Verwaltungsbereich wurde im Submissionswege vergeben; Resultat: zwei Firmen 465 bzw. 455 Mk., B. 290 Mk. (!), letztere wurde der Auftrag erteilt. Da aber der betr. Drucker für diese umfangreiche Arbeit nicht das nötige Material zur Verfügung stand, so konnte die bereitete Lieferungsfrist nicht innegehalten werden und die Behörde sah sich nach einem vergeblichen Mahnen veranlaßt, dem B. die zur Hälfte fertiggestellte Arbeit als Makulatur zu überlassen und den Auftrag von neuem an eine der vorgenannten Firmen zu vergeben. — Bemerkenswert ist, daß eine Eingabe der Gehilfen an die städtischen Behörden betr. Vergütung von Druckerarbeiten an tarifzahlende Druckereien i. B. als unstatthaft zurückgewiesen wurde. Dieses ablehnende Verhalten der Behörden dürfte durch den vorliegenden Fall zur Genüge quittiert sein.

**Kl. Gellbrunn**. Auch das diesige Gewerkschaftskartell war mit einem der Kampfbereite des Herrn Gail besetzt worden. In der letztabgehaltenen Sitzung des Kartells wurde darüber Beschluß gefaßt. Sämtliche Redner verurteilten diese Kampfmethode aufs schärfste und betonten, daß andere Berufe froh wären, derartige Einrichtungen, wie die Buchdrucker, zu besitzen, was von allen Delegierten anerkannt wurde. Das Kartell schloß sich nach eingehender Darlegung unserer Vertreter einstimmig der Mainzer Resolution an. — Unser Johannistfest findet am Samstag, den 3. Juli, statt und ist für Sonntag ein Besuch der hiesigen Industrie-, Gewerbe- und Kunstausstellung vorgesehen. Es sind deshalb an dieser Stelle sämtliche benachbarten Mitgliedschaften freundlichst eingeladen, um so mehr, als wir auf Wunsch verschiedener Orte unser Johannistfest um acht Tage verlegen, um denselben die Teilnahme zu ermöglichen.

**H. Hirschberg** i. Schl. Am 16. Mai fand in Landesbut die zweite diesjährige Versammlung des hiesigen Bezirksvereins statt. Anwesend waren 24 Kollegen aus Hirschberg, 3 Kollegen und ein Prinzipal (Mitglied) aus Landesbut und einige Angehörige des in Landesbut bestehenden graphischen Klubs. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des in Hohenheim verstorbenen Kollegen Max Bretschneider durch Erheben von den Plätzen geehrt. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls beantwortete die Versammlung einstimmig den Ausschluß des Maschinenmeisters Lebzig in Landesbut (wegen Neffen) sowie auch das Aufnahmegebet des Seppers Seidel in Landesbut. Bei letzterer Gelegenheit wurden die Landesbuter Verhältnisse einer berechtigten Kritik unterzogen, aber immerhin eine Wendung zum Besseren konstatiert. Der hierauf erstattete Kassenerbericht gab zu Monita keinen Anlaß und wurde dem Bezirkskassierer Entlastung erteilt. Eine längere Debatte entspann sich über den Antrag Seppers und Genossen: Erhöhung des Bezirksbeitrages von 10 auf 15 Pf. befuß baldiger Inanspruchnahme der Bezirkskasse zu Unterstützungszwecken. Derselbe wurde indes im Hinblick auf die durch Annahme desselben erschwerte Agitation abgelehnt resp. über den Antrag zur Tagesordnung übergegangen, jedoch einer Verlegung des jetzt bezirks- resp. gauweise gewährten Zuschusses im Konditionslofenfall in den Rahmen des Hauptvereins zugestimmt und soll seiner Zeit ein entsprechender Antrag zur Generalversammlung gestellt werden. Ebenfalls zur Tagesordnung übergegangen wurde über den Antrag Landesbut auf Verfreierung vom Bezirksbeitrage. — Punkt 6: Besprechung über eine eventuell zu gründende Witwen- und Waisenkasse im Rahmen des Gau- oder Hauptvereins zitierte ebenfalls eine lebhaftige Aussprache. Schließlich gelangte folgende Resolution Seppers zur Annahme: „Die heutige Bezirksversammlung stellt sich dem Antrage Landes-

but auf Gründung einer Witwen- und Waisenkasse im Rahmen des Hauptvereins sympathisch gegenüber“, was Schreiber dieses gerade nicht von sich behaupten kann, denn durch die vielen Kassenzweige, die naturgemäß eine Beitragserhöhung bedingen, liegt die Gefahr eines gänzlichen Aufgehens im Unterstützungswesen nahe. — Das Verhalten des Leipziger Gewerkschaftskartells gegenüber den legal gemählten Vertretern der dortigen Buchdrucker fand allgemeine Billigung. — Beschlossen wurde noch die Anschaffung von 50 Exemplaren des jetzt geltenden Tarifs und soll jedes momentan im Bezirke konditionierende Mitglied, welches noch nicht im Besitze desselben ist, ein Exemplar auf Verlangen gratis erhalten, ebenso jeder im Bezirke neu aufgenommene und zureisende Kollege, dem die Möglichkeit der Erlangung unserer gedruckten Tarifbestimmungen nicht geboten war. Andernfalls ist pro Exemplar eine Gebühr von 10 Pf. zu entrichten. — Des fernern teilte der Vorsitzende noch mit, daß das Johannistfest des Hirschberger Ortsvereins am 27. Juni in Hirschberg stattfindet, wogu alle Bezirkskollegen freundlichst eingeladen sind. — Den Hirschberger Teilnehmern an der Versammlung wurde die Hin- und Rückfahrt vierter Klasse aus der Bezirkskasse vergütet. Die nächste Bezirksversammlung findet Ende September in Hirschberg statt. Schreiber dieses glaubt jedoch noch der Ueberzeugung Ausdruck geben zu müssen, daß etwas mehr Beachtung der ersten Bürgerpflicht und etwas weniger Bemerkungen zur Geschäftsordnung und satzliche Erörterungen wie bei der verfloffenen Bezirksversammlung sich ganz gut mit dem parlamentarischen Charakter einer solchen Zusammenkunft vertragen. Nach der Versammlung fand ein gemeinschaftliches Mittagmahl statt, welches allgemein mündete, wie auch die vor und nach der Versammlung vom Hirschberger „Gutenberg“ vorgetragenen Vieder die Stimmung wesentlich hoben.

**Landeshut**, 9. Juni. (Berichtigung). In Nr. 63 des Corr. befindet sich unter Mundschau eine Herrn Buchdruckerbesitzer und Verleger der Landshuter Zeitung Kommerzienrat J. B. v. Babueßnig betreffende, äußerst gehässige, die Wahrheit geradezu auf den Kopf stellende Notiz, die (vielleicht der „Münchener Post“ entnommen?) nur von einem Herrn herrühren kann, der wegen Unbrauchbarkeit und exzessiven Benehmens im Thomann'schen Geschäft entlassen werden mußte. Dieser Notiz gegenüber muß konstatiert werden: 1. Herr v. Babueßnig war wohl einer der ersten Prinzipale in Bayern, der den Tarif schriftlich anerkannte und auch bezahlte (siehe erstes Tarifverzeichnis). 2. Sonn- und Feiertagsarbeit existiert bei Herrn v. Babueßnig (in Firma Thomann) überhaupt nicht, sehr vereinzelte bringende Fälle ausgenommen, die ja bekanntlich in jeder Buchdruckeret vorkommen. Ernst Geithe, Faktor.

**Bursareit**, 21. Mai (2. Juni). Der Jahresbericht pro 1896/97 für die diesjährige ordentliche Generalversammlung wurde soeben ausgegeben. Zum ersten Male seit langen Jahren weist er einen Ueberschuß von reell 2185,50 Fr. oder nominell 2299 Fr. (in Wertpapieren) aus. Dies infolge der in allen Unterstützungszweigen vorgenommenen Reduktionen, über die ich schon berichtet habe. Ausgeschlossen wurden 27 Mitgliederstand 340, worunter 90 mit den Frauen eingeschriebene, welche eventuell auch für sich das Sterbegeld von 200 Fr. erhalten, und 16 Pensionären und Pensionärinnen, unter denselben Bedingungen. Kapital: 37300 Fr., Einnahmen 19361,35, Ausgaben 18062,35 Fr., worunter Krankengeld: 55 Fälle mit 244 Wochen im Betrage von 4155 Fr. 15 Pensionäre: 2779,40 Fr., Todesfälle: 6 mit 1200 Fr. Konditionslofenunterstützung: 66 Fälle mit 379 Wochen im Betrage von 4764 Fr., während pro 1895/96, wo sich die Kassengebarung auf 15 Monate erstreckte, um das Finanzjahr wieder vom 1. April zu beginnen, für diesen Zeitraum nur 190 Wochenbeiträge à 12 Fr., d. i. 2370 Francs bezahlt wurden! Grund: Verhütungsumwesen und seit zwei Jahren permanente Entlassung am 1. April von 60 bis 70 provisorischen Seppern der Staatsdruckeret. Die Zeitung Gutenberg hat 42,85 Fr. Defizit, verursacht durch die nicht rechtzeitige Einzahlung des obligatorischen Abonnements, sonst würde sich ein Ueberschuß von 255,65 Francs ergeben haben. Der Ball und das Sommerfest ergaben 2622,20 Fr. Ueberschuß. Der Verein schaffte auch eine eiserne Kasse für 500 Fr. an. Der Kassierer bekommt 120 Fr. Gehalt monatlich und hat eine Garantie von 1500 Fr. zu erlegen. Die vom früheren Kassierer Theodorescu geflossene Summe von 2567 Fr. ist noch nicht zurückgezahlt.

**-s. Luxemburg**, 1. Juni. Es wird gewiß manchen unserer deutschen Kollegen interessieren, aus unserm weltvergessenen Erdwinkel wiederum etwas zu erfahren. In unserer letzten Generalversammlung wurde der längst schon im Prinzip beschlossene Auszug unsers Vereins nach Trier zur Feier des diesjährigen Johannistfestes im Vereine mit den Trierern und den Kollegen der umliegenden Druckorte Saarbrücken, Koblenz, Metz usw. zur definitiven Thatfache erhoben. Es wird dies wieder ein echtes internationales Verbrüderungsfest werden in der alten Trebitz, dem ehemaligen römischen Castell im reisenden, rebenumsäumten Moselthale. Wie werden da beim schäumenden „Moselgolbe“ die in Weisstaub gestüllten Typographenselen aufbauen, die Kollegen sich im trauten Kollegentreife wiederum als vollberechtigte Mitglieder der menschlichen Gesellschaft fühlen, alte Freundschaften erneuern und Mut fassen für die kommenden Tage! Drum auf nach Trier am kommenden 27. Juni und keiner

fehle! — An Einnahmen hatten wir im letzten Halbjahr 1644,37 Fr., worunter 412 Fr. Subsid der Regierung und 120 Fr. der Stadtverwaltung figurieren, welche wir alljährlich für unsere Krankenkasse erhalten; die Ausgaben betragen 827 Fr., mithin ein Ueberschuß von 817,37 Fr.; Totalvermögen 7536,90 Fr. Nach einer aufgenommenen Statistik zählt unser kleiner Verein gegenwärtig 80 Mitglieder, wovon 68 Luxemburger und 12 Ausländer; von diesen stehen im Alter von 18 bis 20 Jahren 5, 20 bis 30: 27, 30 bis 40: 23, 40 bis 50: 17, 50 bis 60: 4, 60 bis 70: 3, 70 bis 75: 1 Mitglied. Also vor Errichtung des 40. Lebensjahres stirbt der große Knochenhauer die meisten Gutenbergsmänner „ins Zeug“. Fürwahr, keine tröstliche Aussicht! — Der manchem deutschen Kollegen — wenn auch nicht gerade rühmlich — bekannte Buchdruckerbesitzer Jos. Brüll ist verstorben und führt sein jüngerer Bruder Paul das Geschäft weiter. Ob's jetzt in diesem „Kunsttempel“ besser wird? Es wäre zu dessen Vorteil. — Zum Schlusse sei noch des Besuches Erwähnung gethan, den der internationale Sekretär Siebenmann unserm Vereine gelegentlich seines Aufenthalts in Metz zur dortigen Delegiertenversammlung machte. In einstündiger Rede legte derselbe der ihm zu Ehren einberufenen und recht zahlreich besuchten Mitgliederversammlung den großen Nutzen dar, welchen jeder einzelne Verein aus dem internationalen Buchdruckersekretariate ziehen könne, wenn anstatt der vom deutschen Verbände zu Falle gebrachten internationalen Widerstandskasse ein Referendons gegründet würde, aus welchem die assistierten Vereine in Streitfällen direkt unterstützt werden könnten. Auch alle sonstigen, mit dem internationalen Sekretariate verknüpften Fragen wurden vom Kollegen Siebenmann ausführlich ventilirt und lohnte ihm am Schlusse seiner beglückten Rede reicher Beifall sowie ein begeistertes „Hoch“, welches unser Vorhänger Dornseifer auf denselben ausbrachte. Unser Beitritt zum internationalen Referendons wurde in sichere Aussicht gestellt, falls dieser nicht wieder durch unsere „großen“ Nachbarn illusorisch gemacht werde. Gesangliche und tonische Vorträge machten den schönen Schluß dieser Versammlung, die nicht ohne Einbruch auf unsern gedrehten Gast geblieben war.

## Mundschau.

Herrn Friedrichs in Norderny haben wir f. B. bitter Unrecht gethan (s. Corr. Nr. 15 und 31) mit dem Vorwurfe, daß er keine Druckeret auf Kredit geliefert bekomme. Wie wir aus einer Empfehlung seiner „Acetbenzdruckeret“ ersehen, war unsre Beschränkung im Interesse der Buchdruckerkunst hinfällig. Herrn Friedrichs Kunstanstalt besitzt zweifellos historisches Interesse, denn in seiner „komplett eingerichteten Acetbenzdruckeret“ scheinen noch — in Anlehnung an die Versuche Gutenbergs — die Lettern einzeln und mit der Hand aus Papier gedruckt zu werden. Im übrigen ist auch die „reiche Schriftwahl“ zu begrüßen. Seit Norderny und Heil der Kunst! Der Verband der Elsaß-Lothringischen Buchdrucker berichtet über sein letztes Vereinsjahr freudvoll und lebhaft, denn zunächst ist es unseren reichsständischen Kollegen gelungen, den neunstündigen Arbeitstag und eine entsprechende Lohnverhöhung ohne besondern Kampf zu erzielen, ein Erfolg, den nur eine gut fundierte und sicher geleitete Organisation zeitigen kann; leider sollte die dortige Kollegenschaft den am hervorragendsten für das schon lange gesteckte Ziel thätigen Mann, ihren ersten Vorsitzenden Max Donat, nach längerem Leiden durch den Tod verlieren; in die Siegesfreuden ein bitterer Vermutstropfen. Die elsass-lothringische Kollegenschaft wird durch treues Festhalten an den Intentionen des Gewerkschaftsverbandes den Dahingegangenen am besten zu ehren wissen. — Mit der Bewegung ist auch der Mitgliederstand und zwar von 475 auf 562 gewachsen, auch das Vermögen stieg von 21277,56 Mk. auf 28409,04 Mk., also um 7131,48 Mk. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus 13778,25 Mk. Beiträgen, 45 Mk. Eintrittsgeld, 922,09 Mk. Zinsen, 5197,01 Mk. Restvermögen der liquidirten Zentral-Kranken-Zuschußkasse und 20 Mk. Strafen; von den Ausgaben heben wir hervor 1726,75 Mk. Kasse-, 810 Mk. Arbeitslofen-, 2275 Mk. Maßregelungs-, 3185 Mk. Kranken-Unterstützung, weiter 1657,95 Mk. Unterstützung an andere Gewerkschaften, 1032,77 Mk. Corr.-Abonnement usw. Die Invalidentafel nahm 4412,78 Mk. ein und gab nur 1244,36 Mk. aus, wodurch das 42420,42 Mk. betragende Vermögen um 3108,42 Mk., also auf 45588,84 Mk. stieg. Die Liquidation der Zentral-Kranken-Zuschußkasse ist im Berichtsjahre — wie aus oben angeführter Uebersicht des Restvermögens an die Allgemeine Kasse hervorgeht — erledigt, weshalb für vorübergehend Erwerbsunfähige — analog dem deutschen Verband — aus dem einheitlichen Säckel Unterstützungen gezahlt werden. Die Frequenz der drei Zahlstellen stieg im Januar mit 5 Neuzulassungen ein, steigert sich bis zum August auf 95, um dann wieder langsam bis zum Jahreschlusse zu fallen; die 363 Neuzulassungen im Berichtsjahre vertellen sich nach ihrer Nationalität auf 1 Belgier, 3 Dänen, 255 Deutsche, 23 Elsaß-Lothringer, 4 Franzosen, 6 Luxemburger, 51 Oesterreicher und Ungarn und 20 Schweizer, die zusammen 1222 Mk. für ebensolche Tage à 1 Mk. und 504,75 Mark für 673 Tage à 75 Pf. Reisegeld erhielten. Arbeitslos am Orte waren 139 Mitglieder 3177 Tage, krank 120 Mitglieder 3971 Tage.

Die Raumburger Nachrichten haben ebenfalls den Hochfeldischen Platten den Kaufpaß gegeben und kehren zur eignen Herstellung der Zeitung wieder zurück. Auch der Westfälische Courter (Platten-Zeitung) in Hamm gab nach kurzem Ercheinen sein Dasein auf.

In Altenburg feierten Stereotypen-Staude und Beihilfsfaktor Joch ihr fünfzigjähriges Berufs-Jubiläum. In der Buchbinderei von Gustav Frische in Leipzig (N. O.) wurde die erste Maschine zur Herstellung von Einbanddecken für Bücher aufgestellt. Dieselbe liefert angeblich 550 Decken pro Stunde. Die Bedienung geschieht durch Mädchen. Nach Einführung derselben dürfte abermals eine größere Anzahl Arbeiter zur großen Reservearmee abzuweihen müssen.

Einem Bericht über den Kongreß der Gaschianer entnehmen wir folgende bezeichnende Mitteilung, die „zu unserm Bedauern“ den Fehler hat, daß sie — wie alles, was aus jenem Lager kommt — vollständig aus der Luft gegriffen: Fünf Wochen Ferien und für jede Woche 100 Mark Entschädigung hat die Gewerbetreibendenkonferenz nach unerheblichen Einwürfen und nachdem ein Antrag Döblin auf 10 Wochen Ferien gefallen war — für den Zentralvorstand und die Correspondent-Redaktion beschlossen resp. genehmigt. Die Gewerbetreibenden gaben sich dabei der Erwartung hin, daß auch sie an die Reihe kommen werden, wenn erst das Zweckdienliche dieser Maßnahme allseitig anerkannt wird. Während der Abwesenheit der genannten Vereinsbeamten wird Herr G. Sindermann, bisher in Dresden, die Vereinsleitung wie die Redaktion übernehmen. Die Adresse desselben lautet: Restaurant Felsenkeller, Leipzig-Plagwitz, Larfigemeinschafts-Regierungskongreßzimmer, auf dem Hofe gleich links.

Preskündler. Der Redakteur Thomssen von der Tondernischen Zeitung hat 300 Mk. zu zahlen wegen Beleidigung des Redakteurs Jessen vom Hensborg Avis. Der ehemalige Redakteur Herrn. Schulze von der Sächs. Arbeiterzeitung wurde wegen Beleidigung eines Zigarrenfabrikanten zu einem Monate Gefängnis verurteilt; 19 Monate, die er noch zu verbüßen hat, stehen bereits auf seiner Strafliste. Eine Geldstrafe von 200 Mk. wurde dem Redakteur der Deutschen Warte zuerkannt wegen Beleidigung des Antiklammern Seelager. Der Redakteur der Münchener Freien Presse, der Majestätsbeleidigung angeklagt, wurde von diesem Vergehen von dem Schwurgerichte freigesprochen, jedoch wegen groben Unfugs zu der höchstzulässigen Strafe von 6 Wochen Haft verurteilt, auch ihm die erlittene Untersuchungshaft nicht in Anrechnung gebracht. Der Verleger des Gontec Zielteppichs in Posen hat 100 Mk. zu zahlen wegen Beleidigung von Offizieren und Oberleutnanten in Dels. Der mitangeklagte verantwortliche Redakteur wurde, weil nur Stroß resp. Stregadeur, freigesprochen, obwohl gefesselt eben nur der Verantwortliche verantwortlich ist. Der Redakteur des Südd. Postillons hat 8 Tage Gefängnis zu verbüßen, weil er durch Veröffentlichung eines Gebüchtes groben Unfug begangen haben soll.

Die öherr. Verbändevereine zahlten im ersten Quartale d. J. an 613 Reisende 1647,60, an Arbeitslose an 3. 7555,40, an 12 Ueberlebende 216, an 956 Kranke 19489,20, an 214 Waisen 1513,50, an 111 Invaliden 6825,50, an die Hinterlassenen 27 Verstorbener Begräbnisgeld 2850 fl., zusammen an 2248 Personen 40097,20 fl. Diese Summe verteilt sich auf 6965 Mitglieder. Es entfiel auf das Mitglied 23,509 Kr. für Reise-, 111,578 Kr. für Arbeitslosen- und Ueberlebende-, 279,816 Kr. für Kranken-, 21,73 Kr. für Waisen-, 97,997 Kr. für Invaliden- und 40,919 Kr. für Begräbnis-Unterstützung, was einem Wochenbeitrage von 44,273 Kr. entspricht.

Die Beschwerde des Gehilfenauschusses des Oremiums in Wien gegen den Beschluß des letztern, die Lehrlinge sofort zu entlassen, wenn sie Versammlungen besuchen, ist auch vom Verwaltungsratsgerichtshof abgewiesen worden. Der Gehilfenauschuss habe sich als Partei nur in solchen Sachen zu betreten, welche die Gehilfen angehen.

Der Schweizer Typographenbund beschloß in seiner Generalversammlung den Wiedereintritt in den Gewerkschaftsbund. Das Zentralkomitee erhielt den Auftrag, einen Sejmamentarisch auszuarbeiten, und endlich wurde beschlossen, für den 1. Mai die Arbeitseinstellung anzustreben. Als Bundesdortort wurde St. Gallen befestigt und Solothurn als nächstjähriger Versammlungsort bestimmt.

Die Generalversammlung des Vereins schweizerischer Buchdruckerbesitzer beschloß, dem schweizerischen Gewerbevereine beizutreten.

Das französische Buchdrucker-Gehilfenblatt Le Typographe de l'Est du Nord, allmonatlich in Nancy, Dep. Moselle-et-Meurthe, erscheinend, enthält in den Nummern 26 und 27 eine treffliche Geschichte der Buchdrucker Deutschlands von vor 1848 an bis zur Jetztzeit und zählt zum Schluß das Wesen und Wirken des Verbandes Deutscher Buchdrucker auf — alles unter Verwertung zahlreicher statistischer Daten und Angaben. — Ferner enthält dasselbe Fragblatt der jüngsten Bewegung innerhalb der Schriftgießerkreise Deutschlands in ausführlicher Weise einen längern Aufsatz mit teilweiser Wiedergabe des gegenwärtig vereinbarten Lohns der Gießer.

Aus Amerika. In der Deutsch-Amerikanischen Typographia wurden im Monat April 451,50 Doll. Bundesbeiträge eingenommen, von denen 307,50 Doll. Kopfsteuer an die J. E. U., 102 Doll. für die Zeitung,

40 Doll. für Monatsgehalt an den Bundessekretär und 4,30 Doll. Dineres ausgegeben wurden. — Der Union 33 in Providence (R. J.) ist es gelungen, ein Zeitungspersonal der Organisation zuzuführen. — Der Streik am Nord-California Herald in Sacramento wegen Benützung von Platten ist seitens der Gehilfen gewonnen worden, infolgedessen die Platten aus dieser Zeitung wieder verschwanden. — Auch der sechsmonatliche Kampf gegen die Freie Presse in Fort Wayne (Ind.) ist siegreich für die dortigen Kollegen beendet. — Wetter ist die Germania, die größte deutsche Zeitung in Milwaukee (Wisc.) und damit 29 Mitglieder für die dortige Union gewonnen worden. — Die Seper einer New Yorker Firma befinden sich wegen Maßregelungen und Nichtzahlung des Tarifs im Auslande. — Die in Cincinnati von der dortigen Union vor dreiviertel Jahren ins Leben gerufene Maschinenwerkstätte ist wegen zu geringer Frequenz wieder geschlossen worden. Die Vanston Monotype Sejmashinen, welche im Democrat in Philadelphia Anfang Mai Eingang gefunden hatten, wurden wegen Unbrauchbarkeit für Zeitungssatz wieder an die Fabrik zurückgegeben; die Zeitung wird wieder durch Handatz hergestellt. — Die deutsche Linotype-Maschine von Keller & Co. hatte sich in Evansville unpraktisch erwiesen, war außer Dienst gestellt und an die Fabrik in Brooklyn zurückgeschickt worden; da schließlich das ganze Unternehmen, bei dem die Maschine thätig war, nach auswärts verkauft wurde, verlängerte sich die an und für sich schon nicht kurze Konditionslosensliste in genanntem Orte noch mehr. — „Mutter Antim“, die Herbergsmutter der Typographen New Yorks, eine beliebte und weit über die Grenzen New Yorks hinaus — vielleicht auch mandem deutschen Ausflügler über das „große Wasser“ — bekannte Persönlichkeit aus der Rheinpfalz ist am 27. April im Alter von 65 Jahren gestorben.

In Leipzig tagte eine Konferenz „der auf dem Boden der modernen Gewerkschaften“ stehenden Handlungsgestellten „Deutschlands“, die durch elf Delegierte aus acht Orten besetzt war. Dasselbe beschloß die Gründung einer Zentralorganisation „über das ganze Reich“ und die Begründung eines Verbandsblattes. Das Verhältnis zu der auf dem vorjährigen Kongreß in Berlin eingeleiteten Agitationskommission, die gegen die Vergründung ist, wurde als gelöst betrachtet (Berlin hatte sich an der Konferenz überhaupt nicht beteiligt). Das projektierte Statut unterscheidet sich in Zweck und Mitteln durchaus nicht von denen aller anderen Gewerbevereine, enthält jedoch die Bemerkung: „Parteiliche Bestrebungen sind ausgeschlossen“.

Der Umstand, daß erst neulich das Kammergericht entschieden hat, daß das Aufbringen von Geldbeiträgen zur Deckung von Versammlungskosten nicht als eine unerlaubte Kollekte zu betrachten sei, hielt die Polizei in Landsberg a. d. N. nicht ab, das Erheben von Eintrittsgeld in einer Volkerversammlung zu verbieten, die eingeammelten Gelder zu beschlagnahmen und den Einrufer der Versammlung unter Anklage zu stellen. Auch durch die Freisprechung von dieser Anklage seitens des Landgerichtes ließ sich die Polizei nicht beirren, sie verbot das Erheben von Eintrittsgeld auch bei allen ferneren Versammlungen desselben Einrufers und eine an den Minister des Innern, der erst kürzlich die Regierungspräsidenten angewiesen hat, im Sinne des kammergerichtlichen Urteils zu verfahren, gerichtete Beschwerde hatte insofern keinen Erfolg, als der Regierungspräsident in Frankfurt a. O., an den die Beschwerde abgegeben worden war, der Polizei einfach recht gab. Dagegen gestattete die Polizei in Landsberg in anderen als den hier fraglichen Versammlungen, z. B. Wahlward, das, was sie im vorliegenden Falle verboten hatte. Schon aus dem Prozesse Kaufsch-Lühnow haben wir erfahren und die vorliegenden Tatsachen sind ein neuer Beweis dafür, daß die Polizei vollständig souverän zu handeln pflegt und dem gegenüber halten es preussische Abgeordnete für ein bringendes Bedürfnis, diese nahezu unbegrenzte Macht noch zu erweitern.

Eine Versammlung der Beisitzer des Berg-Gewerbegerichts für den Oberbergamtsbezirk Dortmund, welche in Bochum stattfand, beschloß, vom Igl. Oberbergamt ein Gutachten einzufordern über Aufhebung der jetzt bestehenden Arbeitsordnungen auf den Zechen und Einführung einer einheitlichen Arbeitsordnung unter Anhörung eines Arbeiterauschusses, der durch die Arbeiter frei gewählt wird. Dieses Gutachten soll dann dem Berggewerbegericht unterbreitet werden.

Der Verein der deutschen Eisenbahn-Handwerker, der z. J. 89 Ortsvereine und 14533 Mitglieder zählt und die Herbeiführung auskömmlicher und günstiger Lohnverhältnisse und die Unterstützung von Invaliden, Verletzten, Witwen und Waisen pflegt, hat auch eine Verbandszeitung, deren „Schreibweise“ einem Teile der Mitglieder nicht zu gefallen scheint; sie monierten nämlich auf dem Verbandsratge, der in diesen Tagen in Kassel stattfand, die Aufnahme eines Artikels gegen Streiks und es gelang ihnen auch, eine Resolution durchzuführen, nach welcher die Verbandszeitung „mit Ausschluß jeglicher sozialdemokratischer Tendenz“ redigiert werden soll. Der Vorsitzende hatte vorher ausdrücklich bemerkt, daß diejenigen Mitglieder, welche auf sozialdemokratischem Standpunkte ständen, am besten thäten, aus dem Verband auszuscheiden. Die guten Leute haben

vergessen, daß die Herbeiführung auskömmlicher und günstiger Lohnverhältnisse nach heutiger Auffassung ein sozialdemokratischer Standpunkt ist. Dieser Punkt des Programms dient daher wohl nur als Mittel zum Zwecke der Anlockung von Mitgliedern und die hier in Frage stehende Organisation, um sie von solchen fernzuhalten, welche den erwähnten Programmpunkt nicht nur auf dem Papiere stehen haben, sondern ihn auch praktisch betätigen.

Der Unterstützungsverein Deutscher Hutmacher hatte im Jahr 1896 in der Hauptkasse eine Einnahme von (einschl. des Bestandes am 31. Dezember 1895) 139 222,92 Mark und 57 253,34 Mk. Ausgabe. Für Reiseunterstützung zahlte der Verein in 1577 Fällen für 6416 Tage 4491,20 Mk., an Arbeitslosen-Unterstützung am Ort (einschl. der Gemahregelungen und Ausgesperrten) in 1148 Fällen für 24 994 Tage 32 192,94 Mk.

Der schweidische Holzarbeiter-Verband nahm in den letzten drei Jahren um 32 Vereine und 2471 Mitglieder zu; derselbe zählt zur Zeit 3446 Mitglieder in 55 Vereinen. Für Lohnkämpfe wurden 1100 Kr. gezahlt.

Die Lohnbewegungen der Arbeiter sind bekanntlich vielen Leuten ein Dorn im Auge, aber über den Dorn-Dornhunger, der doch im wesentlichen nichts anderes ist als die Sucht nach mehr Einkommen, spricht niemand. Und dabei ist doch das Streben nach Verbesserung der Lage bei denen, die nichts haben, ein viel gerechtfertigteres als bei den Aktienthabern, welche meist die mehr oder weniger hohen Dividenden als Nebeneinnahmen zu buchen in der Lage sind. Der Vorwärts bringt ein Liste von 32 Unternehmungen, von denen für das Jahr 1896 eine 7, zwei 8, drei 9, eine 10, vier 11, zwei 12, eine 13 1/2, zwei je 15 und 16 und je eine 18, 20, 22, 25, 26, 32, 32 1/2, 40, 41, 55, 60 und 75 Proz. Dividende abwarfen. Der Aktientermin der Zwidauer Bürgergenossenschaft zahlt auf jede mit 64 Mk. eingezahlte Aktie 270 Mk., der Zwidauer Steinlohlenbrennerei für jede mit 138 Mk. eingezahlte Aktie 210 Mk. Dividende. Wenn auch die jetzigen Teilhaber zum größten Teile für Ankauf der Aktien mehr als den Nennwert bezahlt haben, so machen sie doch ein Geschäft, das bei dem jetzigen Zinsfuß von 3 Proz. das, was als recht und billig zu betrachten, weit übersteigt. Dabei werden noch bequ岸 Sicherung des Unternehmens bedeutende Summen als Reserve zurückgelegt und hohe Tantiemen an Verwaltungs- und Aufsichtspersonen verteilt. Aber unverkennbar werden die Arbeiter genannt, wenn sie — deren Thätigkeit zunächst es zu verdanken, wenn das Geschäft einen Aufschwung nimmt — auch einen entsprechenden Anteil an dem hohen Gewinne verlangen, abgesehen von der Reservearmee, welche man auf den Hungerreit setzt, um sie bei der Hand zu haben, wenn es das Geschäft so mit sich bringt. Der Ausdruck „wirtschaftliche Ordnung“ ist solchen Thatsachen gegenüber ein Hohn. Aber trotzdem dem bestrebt man sich, jede Kritik dieser eigenartigen Ordnung durch allerlei Ausnahmegesetze zu verhüten, ja diese Art „Ordnungsmänner“ möchten am liebsten die Statistik wie alle Wissenschaft, soweit sie sich an die Thatsachen hält und diese nicht den Intentionen der herrschenden Klasse anzupassen versteht, außer Kurs setzen. Wie gesagt — eine herrliche „Ordnung“ das!

Die Vereinigung der sächsischen Strumpfabrikanten beschloß, vom 15. Juni ab die Produktion um täglich zwei Stunden einzuschränken. Die Arbeiter werden vermutlich wieder den Löwenanteil tragen müssen, nämlich den Lohnausfall für diese zwei Stunden.

Die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder bei Felbarbeiten, die eigentlich verboten werden müßte, ist nach einer Verfügung der Regierung in Potsdam wenigstens einigen Einschränkungen unterworfen worden. Derselben haben ein Attest des Lokalschulinspektors über die Einschulung am Orte der Arbeit beizubringen, ferner müssen die Unternehmer von auswärts kommende Kinder beim Schulinspektor anmelden usw. Die Agrarier werden es natürlich sehr überfällig finden, den zur Arbeit kommandierten Kindern den nach ihrer Ansicht gar nicht nötigen Schulunterricht aufzudrängen. Viel kommt ja dabei ohnehin nicht heraus, da die Felbarbeit doch die Hauptfache bleibt.

Die vereinigten selbständigen Barbier und Friseur in Mannheim beschlossen in einer Versammlung einstimmig, sämtlichen Gehilfen eine Lohnerhöhung zu gewähren, nachdem die Preise für Barbieren und Frisieren fast durchgängig erhöht worden sind.

In Pessen werden demnächst zwei weibliche Assistenten der Fabrikinspektion eingesetzt werden.

In Volron (Departement Jüdre) wurden durch eine Wasserhose mehrere Papierfabriken, Seiden- und Weinweberien zerstört, wodurch gegen 4000 Arbeiter auf etwa zwei Monate arbeitslos geworden.

Im englischen Unterhause wurde die Vorlage, betreffend die Entschädigung für verletzte Arbeiter, in dritter Lesung angenommen. Im Falle dauernder Arbeitsunfähigkeit eines verletzten Arbeiters erhält derselbe lebenslänglich den halben Wochenlohn im Höchstbetrage von 20 Schilling, jedoch kann nach Jahresfrist — eine Konzeßion an die oppositionellen Grundbesitzer — an Stelle der wöchentlichen Zahlung eine Pauschalsumme in 312-fachem Betrage der Wochenzahlung treten. Die Opposition wird nun im Oberhause versuchen, das Gesetz zu Fall zu bringen.

Fortsetzung in der Beilage.